

drückließt zur friedlichen Nutzung des Kosmos verpflichtet, als auch die drei nichtnuklearen Prinzipien japanischer Politik verletzen, an deren Einhaltung die Regierung ebenfalls durch Parlamentsbeschluß vom November 1971 gebunden ist. Daraus ergibt sich, daß Japan Kernwaffen nicht besitzen, nicht herstellen und nicht einführen darf. Das Einfuhrverbot erstreckt sich selbstverständlich auch auf Kernwaffen der USA-Streitkräfte.

Ebenso entschieden tritt die KPJ dagegen auf, die Rüstungsausgaben auf mehr als 1 Prozent des Bruttosozialprodukts zu erhöhen. Ein entsprechender Parlamentsbeschluß, der die Rüstungsausgaben auf einem im Vergleich mit den USA und anderen NATO-Staaten niedrigen Niveau begrenzt hatte, wurde kürzlich außer Kraft gesetzt. Die Partei wendet sich entschieden gegen einen Ausverkauf der Interessen Japans an die USA und die Wiederbelebung des japanischen Militarismus unter amerikanischer Vorherrschaft.

Die KP Japans hat maßgeblichen Anteil daran, daß die Friedensbewegung in Japan ständig an Um-

fang und Kampfkraft zunimmt. Mehr als 23 Millionen Japaner haben bisher ihre Unterschrift unter den Appell von Hiroshima und Nagasaki zur Verhinderung eines Atomkrieges und zur Beseitigung aller Kernwaffen auf der Erde gesetzt. Der Appell war auf Anregung der KPJ vom „Japanischen Rat gegen die Atom- und Wasserstoffbombe“ initiiert worden und fand sofort große Zustimmung bei Parteien, Gewerkschaften und örtlichen Friedensorganisationen, die im gesamten Land eine unermüdliche Arbeit leisten. Ziel der Initiatoren des Appells ist es, 50 Millionen Unterschriften zu sammeln, das wäre das Bekenntnis von jedem zweiten erwachsenen Japaner.

Als eine weitere Hauptsäule der außenpolitischen Tätigkeit und der Aktivitäten der KPJ zur Stärkung der Friedenskräfte wurden auf dem XVII. Parteitag die anti-imperialistische Solidarität und der Kampf für die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bekräftigt. Die Partei entfaltet zahlreiche Aktivitäten, um die Völker, die für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfen, zu unterstützen.

„Akahata“ verfügt die Partei über ein wichtiges Instrument, um ihre Politik des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts in einem großen kapitalistischen Industriestaat weithin publik zu machen.

Nach wie vor müssen viele Parteimitglieder besonders in den großen Industriebetrieben ihre politische Tätigkeit wie in den Zeiten der Illegalität der Partei organisieren. Die KP-Mitglieder werden oft diskriminiert, müssen wegen ihrer Parteimitgliedschaft Lohn einbußen hinnehmen oder laufen Gefahr, ihren Arbeitsplatz völlig zu verlieren. Da gewerkschaftliche Tätigkeit über den Rahmen der „Zusammenarbeit“ mit der Betriebsleitung hinaus meist streng untersagt wird, ist die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften außerordentlich schwierig. Die KPJ fordert die Gewährleistung der verfassungsmäßig garantierten Rechte für die Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben. Sie wendet sich gegen die Versuche der Unternehmer, die progressiven kämpferischen Gewerkschaftszentren Japans in systemkonforme Organisationen umzuwandeln.

Die Beziehungen zwischen der SED und der KPJ gestalten sich erfolgreich und vielseitig. Herausragende Ereignisse waren in den letzten Jahren Gespräche zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, und dem Vorsitzenden des ZK der KPJ, Kenji Miyamoto, sowie zwischen weiteren führenden Repräsentanten beider Parteien. Es entwickelt sich ein reger Delegationsaustausch, der die Teilnahme an Parteitagen, Konferenzen und Symposien (zum Beispiel Internationale Karl-Marx-Konferenz in Berlin, Internationales Symposium für die Verhinderung eines Nuklearkrieges und die Beseitigung aller Nuklearwaffen in Tokio) sowie den Meinungsaustausch zu Fragen der Partei- und Gewerkschaftsarbeit, der sozialistischen Demokratie und der Landwirtschaft umfaßt.

Trotz Repressalien wird der Parteieinfluß verstärkt

Der XVII. Parteitag hatte mit großer Eindringlichkeit auch die Aufgabe gestellt, die Partei in qualitativer und quantitativer Hinsicht weiter zu stärken und ihre Kampfkraft trotz der sehr komplizierten Bedingungen zu erhöhen. Sie ist bestrebt, neue Reserven in der Bevölkerung zu erschließen. Ein wichtiges Mittel dazu soll die Bildung einer „demokratischen nichtnuklearen Koalitionsregierung“ sein. Diese Regierung müsse zur Verhinderung eines Kernwaffenkrieges und der Eliminierung aller Kernwaffen beitragen, die drei nichtnuklearen Prinzipien einhalten, die Umwandlung Japans in ein nukleares Schlachtfeld verhindern, staatliche Wiedergutmachungen für die Hibakusha (A-Bombenopfer)

durchsetzen und die Tradition der Weltkongresse gegen Kernwaffen aufrechterhalten.

Um die Parteiarbeit in den Grundorganisationen effektiver zu gestalten, faßte der XVII. Parteitag den Beschluß, die Mitgliedsstärke einer Grundorganisation auf 20 zu begrenzen und die größeren Grundorganisationen zu teilen. Das betrifft etwa 7500 Grundorganisationen. Außerordentlich große Bedeutung mißt die KPJ dem Zentralorgan der Partei, „Akahata“, als Propagandist, Agitator und Organisator bei. Seine gegenwärtige Auflage von wochentags 500 000 und an den Wochenenden 3 Millionen soll noch beträchtlich erhöht werden. Dafür werden alle Parteimitglieder mobilisiert. Mit der